

Die Digitalisierung des ländlichen Raums – Fallstudie Gemeinde Wennigsen (Deister)

Bürgermeister Christoph Meineke

1. Einleitung

Digitale Strategien für Städte und Gemeinden sind derzeit ein viel beachtetes Thema in Deutschland. Bund und Länder überbieten sich mit Forderungen und – mitunter milliarden schweren – Förderungen rund um die Themenfelder Digitalisierung, Breitbandausbau und Vernetzung aller Lebensbereiche. Die Kommunen als unmittelbares Lebensumfeld der Bürger stehen unter erheblichem Druck, mit innovativen, internetbasierten Ansätzen ihre örtlichen Strukturen kommunaler Selbstverwaltung zu modernisieren und Impulse zu ihrer Weiterentwicklung zu setzen.

Die Gemeinde Wennigsen (Deister) hat in den zurückliegenden Jahren zahlreiche digitale Projekte durchgeführt und damit Neuland beschritten. Durch die Vielzahl der Vorhaben hat sie sich evolutionär zu einer Kommune entwickelt, in der das Digitale trotz schwieriger, vor allem finanziell herausfordernder Rahmenbedingungen mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Politische Gremien und Verwaltung engagierten sich in besonderem Maße digital, um Bürger zeitgemäß zu beteiligen, Kommunikationswege auszuprobieren, kollaborative Projekte mit der Online-Community durchzuführen oder zusammenhängende Themenkomplexe wie „Smart Country“ als Gegenpol zur viel diskutierten „Smart City“ anzugehen. Mit dem Institut für Informationsmanagement der Universität Bremen (*ifib*) stellte sich ein akademischer Partner zur Seite, der den Weg wissenschaftlich mit zwei Leuchtturmprojekten begleitete, die nicht nur für Wennigsen zu Meilensteinen wurden. Aus der Unterschiedlichkeit der Projekte sollen an dieser Stelle ebenso Erfahrungen wie Fallstricke weitergegeben werden.

Der Erfahrungshorizont der Online-Projekte reicht mittlerweile mehr als eine Dekade zurück. Die Motivation, den digitalen Weg zu beschreiten, war auch in der Person des hier vortragenden Bürgermeisters bedingt. Im Jahr 2006 setzte er als parteiloser Kandidat zur zielgruppengerichteten Kommunikation auf Social-Media-Kanäle. Kiezkollegen oder Studi-VZ hießen diese Plattformen, die heute vergessen sind und von Facebook, Instagram oder Twitter verdrängt wurden. Das Web 2.0 mit seinen kommunikativen und interaktiven Möglichkeiten fristete damals noch ein politisches Schattendasein. Erst mit Barack Obamas erster Präsidentschaftskampagne im Jahr 2008, die in Deutschland vor allem wegen ihrer digitalen Komponenten wahrgenommen wurde, schwappte das große

Interesse für digitalisierte Politik nach Europa. Die im Wahlkampf gewonnenen Kommunikationserfahrungen sollten für das Rathaus genutzt und der Bürgerdialog auf neue Beine gestellt werden. Außerdem war es Ziel, einen direkten und authentischen Draht in die Bürgerschaft zu pflegen und so den nötigen Rückhalt für die politische Arbeit zu erarbeiten.¹ Nach dem Online-Wahlkampf ging es im Amt weiter mit dem Weblog „Bürgermeisterblog“ und Chaträumen, zum Beispiel, um mit Jugendlichen über die Zukunftsperspektive von Freizeiteinrichtungen in den Echtzeitkontakt zu treten („zu tickern“). Und es sollte dabei nicht bleiben...

2. Die Rahmenbedingungen

Die Erwartungshaltung der Bürgerschaft gegenüber dem neu gewählten Hauptverwaltungsbeamten war groß, aber die Mittel waren knapp. Klein, überschuldet, die Verwaltung beschränkt auf Pflichtaufgaben – so ließ sich die Ausgangssituation im Rathaus der Gemeinde Wennigsen im Jahr 2006 beschreiben. Alle Themen rund um die EDV verantworteten ein hochengagierter, aber ausbildungsfremder Mitarbeiter und eine frisch ausgelernte Verwaltungskraft. Sie warteten die Rathaus-IT und die Schulcomputer, kümmerten sich um die Telefonanlagen im Verwaltungsgebäude und Außenstellen, betreuten den Internetauftritt – Verwaltungsalltag wie in vielen kleinen Rathäusern.

Arm an Finanzmitteln, aber reich an Bürgerengagement: Das Wennigser Vereinsleben ist vielfältig, die Bürger beteiligen sich rege. Das örtliche Freibad, umgerüstet zum Naturbad, wird von Bürgerhand geführt. Innovative Projekte wie eine preisgekrönte Ökosiedlung machen auf die rund 14.000 Einwohner starke Gemeinde im Süden der Region Hannover aufmerksam. Eine der höchsten Akademikerquoten in der Region Hannover zeichnet die Einwohnerschaft aus. Rund 20 Kilometer von der Landeshauptstadt entfernt, bilden sieben Ortschaften und der Kernort ein Grundzentrum zwischen ländlichem und städtischem Raum. Historisch bekannt wurde Wennigsen durch sein Marienkloster, durch die Wiedergründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg unter Federführung von Kurt Schumacher sowie den in der Ortschaft Bredenbeck geborenen Aufklärer Adolph Freiherr Knigge. Infrastrukturell ist die Kommune sehr gut angebunden. Gut ausgebaute S-Bahn-Haltestellen, eine Bundesstraße und sehr gut entwickelte Möglichkeiten für den Radverkehr sprechen für die Gemeinde. Das Durchschnittsalter liegt bei rund 45 Jahren, die Kaufkraft bei 116 Prozent im regionalen Vergleich. Größter Arbeitgeber ist der Naturkosmetikhersteller Laverana. Trotz Geldmangels und geringer personeller Ressourcen: Strukturelle Vorzüge des Ortes, die Einbindung einer kreativen Bürgerschaft und externer Partner aus der sich entwickelnden digitalen Zivilgesellschaft sollten helfen, den digitalen Weg zu beschreiten.

¹ Christoph Meineke, Kommunalwahlkampf 2.0 – Erfahrungen und Tipps, in: Franz-Reinhard Habel und Andreas Huber (Hrsg.), Web 2.0 für Kommunen und Kommunalpolitik. Neue Formen der Öffentlichkeit und der Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bürger, 2008, S. 9-14.

3. Wiki Loves Monuments

Wennigsen ist klassischer Naherholungsstandort in einer verstädterten Region. Der Großteil des Gemeindegebietes steht unter Landschaftsschutz oder ist von Wald bedeckt. Mehr als eine Million Menschen leben im Ballungsraum Hannover. Die Kommune lädt mit dem Deister, einem Marienkloster und historischen Bauwerken zum Wandern und Entdecken ein. Ein Impuls zur touristischen Vermarktung des Ortes wurde als eines der ersten Online-Projekte gegeben – kollaborativ in Zusammenarbeit von Kommune und Community. Die Gemeinde Wennigsen engagierte sich als kommunale Partnerin bei „Wiki loves Monuments“. Dabei handelte es sich um einen Wettbewerb, der nach einem erfolgreichen Auftakt in den Niederlanden auch in Deutschland gestartet wurde.² Denkmale sollten fotografisch dokumentiert und über die Bilddatenbank „Wiki Commons“ frei im Internet verfügbar gemacht werden.³

Der Charme des Projektes bestand darin, auswärtigen Gästen die Sehenswürdigkeiten des Ortes sowohl während der Wettbewerbskampagne als auch danach dauerhaft über den mittlerweile allgegenwärtigen Kanal Wikipedia nach dem Motto „anschauen – nachschauen“ zugänglich zu machen. Das Wissen über örtliche Denkmale wurde mit neuen oder verbesserten Artikeln digitalisiert und so die Sehenswürdigkeiten der acht Ortschaften für Geschichtsinteressierte online dokumentiert. Zugleich gingen örtliche Politik und Verwaltung auf Tuchfühlung mit der digital affinen Bürgerschaft und den Trends der kollaborativen Zusammenarbeit im Netz.

Formaler Kooperationspartner war „Wikimedia Deutschland“, eine Vereinigung zur Förderung freien Wissens in Berlin. Dabei handelt es sich um die deutsche Länderorganisation der amerikanischen gemeinnützigen Wikimedia Foundation (Sitz in San Francisco, USA), die die Online-Enzyklopädie Wikipedia betreibt. Der eingetragene Verein ist rund um die deutschsprachige Ausgabe und ihrer Schwesterprojekte wie der Mediendatenbank „Wiki Commons“ aktiv.

Zum Auftakt reiste ein Mitarbeiter des Vereins aus Berlin an. Gemeinsam mit dem gastgebenden Denkmalbesitzer, dem Projektkoordinator aus dem Rathaus, der örtlichen

² Deutschlandweit beteiligten sich zwei Kommunen als Partnergemeinden. Neben Wennigsen engagierte sich außerdem das nordrheinwestfälische Bergheim. Der Wettbewerb ist unter folgendem Link dokumentiert: https://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Wiki_Loves_Monuments_2011; zum örtlichen Wettbewerb siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Wiki_Loves_Monuments_Wennigsen (der Verweis auf alle hier vermerkten Links erfolgt mit Stand der Drucklegung; März 2018).

³ Sowohl die Inhalte der Enzyklopädie als auch des freien Medienarchivs Wikimedia Commons, aus dem u.a. Fotos, Grafiken oder Videodateien in Wikipedia eingebunden werden, stehen unter freien Lizenzen. Die bekannteste ist die Creative Commons-Lizenz „CC-BY-SA“. Das CC steht für das Lizenzmodell Creative Commons, BY für die Nennung des Urhebersnamens, und SA für die Weiternutzung unter gleichen Bedingungen („*share-alike*“). Diese Lizenz erlaubt es jedem, zum Beispiel Fotos auf Wikimedia Commons kostenlos zu nutzen, zu verändern und zu verbreiten.

Presse und dem Bürgermeister eröffnete er den Wettbewerb auf dem Widdergut „Vier Eichen“, einem denkmalgeschützten Landhaus in der Ortschaft Argestorf. Auch ein Mitglied des Gemeinderates warb am Starttermin für den Wettbewerb. In seiner Freizeit arbeitete der ehrenamtliche Politiker für die Wikipedia historische Themen auf; nach der Kommunalwahl sollte er zum Vorsitzenden eines erstmals eingerichteten Fachausschusses für Digitales des Wennigser Kommunalparlaments gewählt werden.

Zum Start rief die Gruppe alle Interessierten zur Teilnahme auf. Die Rolle der Gemeinde als Projektpartnerin bestand darin, beteiligte Vereine, Institutionen und Bürgerschaft zu vernetzen. Neben der Pressearbeit schrieb sie auch Besitzer und Bewohner der Denkmale an, um über den Wettbewerb zu informieren und für diesen zu werben. #WLM schlug die Brücken zwischen analoger und digitaler Welt: Die Ortsgruppe des Radfahrvereins ADFC organisierte Touren zu den Denkmalen, die lokale Fotogruppe beteiligte sich, ein professioneller Fotograf gab einen Workshop zur Architekturfotografie und die Schule diskutierte über Nutzen und Nachteil der Wikipedia, offene Lizenzen sowie freies Wissen.

Wennigsen verfügte laut Denkmalliste im Jahr des Wettbewerbs über 68 Bau- und 11 Naturdenkmale. Zu den bedeutendsten gehört das historische Augustinerinnen-Kloster im Kernort, mehrere Bauten des klassizistischen Architekten Georg Friedrich Ludwig Laves sowie seines Nachfolgers und Mitbegründers der hannoverschen Schule der Architektur, Conrad Wilhelm Hase. Zu den weiteren denkmalgeschützten Objekten gehören Bauten der Industriegeschichte wie beispielsweise eine historische Glashütte in Steinkrug oder der Gutshof der Freiherren Knigge im Ortsteil Bredenbeck, dem Geburtsort des berühmten Aufklärers. Wikipedia war zu diesem Zeitpunkt zehn Jahre alt und gehörte mit 18 Millionen Artikeln in 280 Sprachen zur größten Wissenssammlung der Menschheit. Zum Vergleich: Zum Zeitpunkt des Vortrages verfügte Wikipedia über rund 40 Millionen Artikel in 295 Sprachen. Die deutschsprachige Wikipedia umfasste mittlerweile rund 2,15 Millionen Lemmata.

Der Wettbewerb fand während des gesamten Monats September statt. Insgesamt luden die Teilnehmer 311 Fotos aus Wennigsen auf die Wikipedia-Server hoch, geschossen von Wennigsern und Gästen aus dem regionalen Umland. Im nationalen Wettbewerb belegte das beste Bild aus der Gemeinde den 11. Platz. In Deutschland, Österreich und der Schweiz stellten die Teilnehmer rund 49.000 Bilder ein, europaweit mehr als 160.000 Dateien. Die Ortschaften erhielten ihr digitales Gedächtnis: Sämtliche Bau- und Naturdenkmale wurden für die Wikipedia erfasst, fast alle sind in dieser Zeit mit hochwertigen und quellengestützten Artikeln beschrieben und bebildert worden.

Eine intensive und im Ton teils harsche Diskussion über Panoramafreiheit wurde mit einigen Besitzern eingetragener Kulturdenkmale geführt. In einzelnen Fällen wurde ihre Privatsphäre durch übereifrige Teilnehmer verletzt, in anderen Fällen die Freiheit der Fotografie des öffentlichen Raumes nicht anerkannt. Insbesondere diese Diskussion um die Panoramafreiheit nahm Diskurse vorweg, die in den zwei darauffolgenden Jahren in Deutschland mit Googles Fotografien des öffentlichen Raumes („Street View“) aufflamten. Der Wettbewerb und die daraus gewonnenen Erfahrungen, war einer der ersten Denkanstöße des Gemeinderates, das Thema Digitalisierung explizit einem Fachausschuss zuzuordnen. Mit Hilfe eines solchen Gremiums sollten ab der Ratsperiode 2011 weitere Modellprojekte verankert, Diskussionen gebündelt und strukturiert und das Thema Digitales insgesamt prominenter in der Kommunalpolitik verortet werden.

Retrospektiv betrachtet, handelte es sich um ein gelungenes Beispiel kollaborativer Zusammenarbeit zwischen Kommune und Community. Der Transfereffekt für ähnliche Projekte in den Städten und Gemeinden liegt beim niedrighwelligen Einstieg, großer Teilnahmebereitschaft örtlicher Vereine und Interessierter. Sie stärken die Identifikation mit dem Ort und die Diskussion über regionale historische Wurzeln ebenso wie die Auseinandersetzung mit zeitgemäßen Formen des freien Wissens und dessen Verbreitung. Wettbewerbe wie dieser sind mit geringen Kosten verbunden und fördern das Verständnis zwischen digitaler Welt und kommunalpolitischen Akteuren. Der Wikimedia-Verein bietet Kommunen mittlerweile vielfältige und individuell zu vereinbarende Kooperationsmöglichkeiten. Wennigsen beispielsweise hat ein Folgeprojekt mit dem offenen Reiseportal „Wikivoyage“ durchgeführt, um sich durch diesen Kanal als Naherholungsstandort für Suchmaschinen optimiert zu positionieren.⁴

4. Das Klimaversprechen

Rund 110 Bürger nahmen an dem Projekt "Klimaversprechen – Wennigsen und das Calenberger Land packen's an" teil. Sie waren damit nicht nur aktive Klimaschützer, sondern zugleich Teil einer europaweiten Vergleichsstudie zum Thema elektronischer Bürgerbeteiligung. Das von der European Science Foundation und der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Forschungsvorhaben trug den Kurztitel *e2democracy* (*environmental electronic democracy*; im Folgenden auch *e2d*).⁵ Anhand von sieben europäischen Städten und Regionen sollte es die Unterschiede von digitaler und traditioneller Bürgerbeteiligung herausarbeiten. In Deutschland zeichnete das Institut für Informationsmanagement (*ifib*) der Universität Bremen verantwortlich. Die Gemeinde verband mit ihrer Teilnahme zweierlei Zielsetzung: Zum einen sollte das vom Rat be-

⁴ Siehe <https://de.wikivoyage.org/wiki/Wennigsen>.

⁵ Die Studie begann in Wennigsen im Mai 2011. Eine ausführliche Darstellung des gesamten Forschungsvorhabens „Comparative Assessment of E-Participation in the Context of Sustainable Development and Climate Change“ findet sich in dem Sammelband *Georg Aichholzer, Herbert Kubicek und Lourdes Torres* (Hrsg.), *Evaluating e-Participation. Frameworks, Practice, Evidence*, 2016.

schlossene lokale Klimaschutzaktionsprogramm fortgesetzt und um einen bürgernahen Baustein zum Mitmachen erweitert werden. Zum anderen wollte sie herausfinden, welche Form der Beteiligung wirkungsvoller ist und wie bürgerschaftliche Partizipation zielgerichtet skaliert und verbessert werden kann. Die Erfahrungen sollten auch dazu dienen, etwas über die Akzeptanz digitaler Beteiligung zu erfahren und das künftige Prozessdesign von Teilhabemöglichkeiten vor Ort zu verbessern.

Über einen Zeitraum von einem Jahr hinweg dokumentierten und senkten die Teilnehmenden ihren CO₂-Ausstoß. Ihre Motivation lag im aktiven Klimaschutz sowie bei Anreizen, die durch das Programm hindurch gegeben wurden, wie Verlosungen oder Beratungen zur Energieeinsparung. Das *ifib* bildete zwei Gruppen: „Onliner“ und „Offliner“. Sie erfassten ihre Verbräuche aus Lebensbereichen wie Ernährung, Heizen, Einkaufen oder Mobilität. Ein digitaler Verbrauchsrechner überführte die Lebensgewohnheiten in quantifizierbare Treibhausgasemissionen. Die analogen Teilnehmer übermittelten ihre Daten für ein Haushaltsbuch postalisch oder telefonisch, den „Onlinern“ half eine browserbasierte Eingabemaske mit einem digitalen Energierechner im Hintergrund. Die Bremer betrieben die Website, erhoben alle notwendigen Daten, erstellten die Datenbank und den CO₂-Rechner, zeichneten für das Berichtswesen verantwortlich und organisierten den Erfahrungsaustausch mit den anderen Panelgemeinden. Die Gemeinde betrieb als örtliche Partnerin die Öffentlichkeitsarbeit, war Schnittstelle für die „Offliner“ und managte das laufende Projektgeschäft. Als Partnerin diente auch die Klimaschutzagentur Region Hannover, die u.a. Veranstaltungen durchführte, Teilnehmer rekrutierte oder Bonusprämien und Preise organisierte. Als Sponsor der immerhin rd. 20.000 Euro teuren Aktion engagierte sich ein regionales Energieversorgungsunternehmen. Da Wennigsen im Vergleich zu anderen teilnehmenden Kommunen und Regionen wie Bremen, Bremerhaven, Bregenz, Pamplona oder Saragossa zu klein war, wurden kurzerhand die Einwohner der Nachbarkommunen mit eingeladen. Den Auftakt machte eine Veranstaltung im Wennigser Kloster, zu der ARD-Wettermoderator Sven Plöger als Zugpferd eingeladen wurde. Beworben wurde die Aktion auch im Internet, beispielsweise auf Öko-Blogs.⁶

Zu Beginn der Aktion befragte die Forschungsgruppe Wahlen telefonisch 926 Wennigser rund um die Themenbereiche Klimaschutz und Internetnutzung. Neben Fragen zur Bedeutung des Klimaschutzes oder den Konsumgewohnheiten wurde das Beteiligungsverhalten im Internet erhoben. Das Einbringen konkreter Vorschläge durch lokale Veranstaltungen präferierten beispielsweise 54 Prozent der Befragten. 40,5 Prozent gaben dem Internet den Vorzug. Je höher der Bildungsgrad, umso höher wurde die Erfolgswahrscheinlichkeit der Mitwirkung mittels Online-Kanälen bewertet (bei den

⁶<http://aromatisch-vegetarisch.de/2011/06/27/wennigsen-und-das-calenberger-land-packen%e2%80%99s-an-das-klimaversprechen%e2%80%9c/>.

Hochschulabsolventen 51 Prozent). Überdurchschnittlich viele Männer (45,4 Prozent) bevorzugten die digitale Variante politischer Diskussion, bei Frauen lag dieser Anteil lediglich bei 36 v.H. Allerdings lag die höchste Zustimmung zu Online-Abstimmungen bei den Frauen bis 34 Jahre (63,5 Prozent). Insgesamt nutzten zum Zeitpunkt der Umfrage 77 v.H. das Internet, über keinen Netzzugang verfügten 23 v.H. Zu politischen Themen hatten sich 25,1 Prozent bereits im Internet informiert, 51 Prozent nicht. Rund 10 Prozent hatten sich bereits mit einem eigenen politischen Beitrag im WWW beteiligt, rund 20 Prozent an einer Abstimmung, an einem Chat mit Politikern zwei Prozent.

Das *e2d*-Projekt brachte vielfältige Erfahrungen zur digitalen Beteiligung hervor.⁷ Problematisch erwies sich vor allem die schwindende Teilnehmermotivation.⁸ Die Dropout-Quote lag europaweit bei 63 Prozent, in Wennigsen schieden 65 von 110 Teilnehmern aus. Durch die Vergleichsstudie hindurch zeigte sich deutlich, dass vor allem die „Onliner“ schwer zu binden waren. Es mangelte ihnen gegenüber der analog arbeitenden Vergleichsgruppe an unmittelbarer sozialer Bindung sowie persönlicher Kommunikation. Die Telefonanrufe zur regelmäßigen Weitergabe der Verbrauchsdaten waren regelmäßige Feedbackgespräche, die eine soziale Beziehung aufbauten und sich als Treueprogramm höchster Wirkung erwiesen. Zum anderen stellte sich heraus, dass die technologische Komponente eine große Rolle spielte. Die Bedienung des Vergleichsrechners und Eingabe der Daten war vielen zu umständlich und ließ sie ausscheiden. Bei der technischen Gestaltung zeigte sich, dass die Nutzer vor allem durch die großen Webseiten, sei es sozialer Netzwerke oder kommerzieller Angebote wie Facebook, Ebay, Amazon eine einfache Bedienung gewohnt sind. Eine schnell verständliche, möglichst unkomplizierte und attraktive Benutzeroberfläche wird auch bei Online-Beteiligung vorausgesetzt. Das einfache Design, das an der Schnittstelle zum Nutzer bei Teilnahmeverfahren erforderlich ist, bedarf aber meist immenser Komplexität im Hintergrund. Dies darf bei der Gestaltung von Online-Angeboten sowohl bei Verfahren als auch bei ihrer technischen Umsetzung nicht vergessen werden und ist essentiell für den Erfolg.

Als Stärke des digitalen Verfahrens stellte sich hingegen die Vergleichsmöglichkeit heraus. Die Teilnehmer konnten ihre Erfolge mittels der erfassten Daten sowohl mit allen als auch mit Haushalten ähnlicher Struktur und Größe vergleichen. Dieses „Gamification“-Element stellte einen besonderen Anreiz dar und trug wesentlich zum materiellen Erfolg von *e2d* bei. In Wennigsen reduzierten die „Onliner“ ihre Emissionen um

⁷ Herbert Kubicek, What Difference Does the “E” Make? Comparing Communication Channels in Public Consultation and Collaboration Processes, in: Aichholzer/Kubicek/Torres, s.o., 2016, S. 307 – 332.

⁸ Ralf Cimander: Citizen Panels on Climate Targets: Analyzing Dropout in Long-Term(e-)Collaboration Processes, in: Aichholzer/Kubicek/Torres, s.o., 2016, S. 265 – 288.

9,1 Prozent, die „Offliner“ lediglich um 0,4 Prozent.⁹ Der Erfolg für den Klimaschutz: Im Beteiligungszeitraum reduzierten die Teilnehmer ihre Treibhausgasemissionen insgesamt um rund sechs Prozent – damit lagen sie deutlich über dem Ziel des Kyoto-Abkommens, welches bis 2050 eine zweiprozentige Reduktion pro Einwohner und Jahr festschreibt.

Zusammenfassend hat die Gemeinde als Lehren aus dem *e2d*-Projekt mitgenommen, dass das Design der kommunikativen Ebenen von elementarer Bedeutung ist. Persönliche Kommunikation ruft soziale Bindung hervor, die vorzeitiges Ausscheiden verhindert. Datengenerierte Kommunikation wie das Wettbewerbselement entfaltet Anspornwirkung, die den Projekterfolg ausmacht. Letztendlich ist bei Beteiligungsprojekten nicht nur die mühelos zu erzielende Reichweite des Internetangebotes entscheidend, sondern der Medienmix insgesamt, der die Stärken von On- und Offline-Komponenten verbindet.

5. Konsultationsverfahren „Hohes Feld“

Das Baugebiet „Hohes Feld“ steht exemplarisch für den demographischen Wandel in der Gemeinde Wennigsen. In den 1970er Jahren als zukunftsweisendes und kinderfreundliches Baugebiet im Kernort entwickelt, liegt der Altersschnitt mittlerweile weit über dem der Gesamtgemeinde und auch dem der Ortschaft. Während in der Gemeinde rund 28 Prozent der Einwohner über sechzig Jahre alt sind, liegt die Quote im Hohen Feld bei rund zwei Dritteln. Die Altersgruppe bis sechs Jahren ist mit drei Prozent vertreten, im gesamten Gemeindegebiet liegt ihr Anteil doppelt so hoch. Zur Bauzeit war es das höchstverdichtete Wohngebiet Wennigsens, vor allem von Reihen- und Kettenhäusern geprägt. Das Gebiet ist damals mit vier Spielplätzen für alle Altersgruppen entwickelt worden, von der Krabbelwiese bis hin zum hochumzäunten Bolzplatz für Teenager. Im Quartier leben rund 550 Menschen, das sind etwa zehn Prozent der Bevölkerung des Ortes Wennigsen.

Die Alterung des Gebietes hat vor Spielplätzen und Grün- und Gemeinschaftsflächen nicht haltgemacht. Mittlerweile gelten die Spielplätze als nicht mehr zeitgemäß und können durch den kommunalen Bauhof nur noch minimal gepflegt werden. Die Grünflächen überwuchern, liebevoll kann man die Spielgeräte als »historisch« bezeichnen. Die damals gepflanzten Bäume sorgen aufgrund des Laubanfalls und Schattenwurfes vor allem bei den älteren Mitbürgern für Unmut. Das Wurzelwerk hebt Wege und Platten und schränkt damit die Barrierefreiheit der Wege ein, erschwert das Schneeräumen und schädigt dauerhaft Unterbau sowie Rohrleitungen. Symptomatisch sind Diskussio-

⁹ Eine ausführliche Darstellung, Auswertung und Bewertung der Ergebnisse nehmen vor *Ralf Cimander, Sonia Royo und Ana Yetano*, Citizen Panels on Climate Targets: Ecological Impact at Collective Level, in: *Aichholzer/Kubicek/Torres*, s.o., 2016, S. 243 – 264.

nen über einen Bolzplatz. Über dessen Betrieb wurde zwischen Anliegern und Gemeinde gerichtlich über zwei Instanzen gestritten. Eine Öffnung wurde zwar mit Restriktionen erlaubt, jedoch fehlte das Geld zur Sanierung und baulichen Umsetzung der Auflagen. Mittlerweile ist er in einem dermaßen desolaten und von Grün überwucherten Zustand, dass er für rund 50.000 Euro komplett erneuert werden müsste. Kernproblem ist jedoch: Wer soll dort bolzen, wenn keine Jugendlichen in dem Gebiet wohnen?

Dies war die Ausgangslage für ein Beteiligungsverfahren zur bedürfnisgerechten Erneuerung des Hohen Feldes auf Basis einer Einwohnerkonsultation. Bereits im Sommer 2011 – kurz vor der Niedersächsischen Kommunalwahl – hatte eine gemeinsame Sitzung dreier Gremien auf den drängenden Handlungsbedarf hingewiesen. Sowohl Fachausschüsse des Gemeinderates als auch der Ortsrat Wennigsen hatten nach einem gemeinsamen Rundgang die Verwaltung beauftragt, ein Handlungskonzept zur Erneuerung des Gebietes vorzulegen. In ersten Überlegungen wurde erwogen, einige der Grünflächen in Bauplätze umzuwandeln, um mit dem Erlös zumindest ein oder zwei Spielplätze zu erhalten oder zu erneuern. Daraufhin meldeten sich Eltern zu Wort, die dagegen protestierten und im Rathaus eine Unterschriftenliste überreichten. Das Jugendparlament forderte vehement ein, die Kinder- und Jugendlichen nicht aus dem Fokus zu verlieren.

Im Rathaus wurde entschieden, die Erfahrungen aus dem Klimaversprechen zu nutzen und ein hybrides Verfahren mit digitalem Schwerpunkt zu starten. Das Bremer *ifib* bot erneut seine Zusammenarbeit und wissenschaftliche Begleitung an. Immerhin war ein Online-Beteiligungsverfahren bei einem so hohen Durchschnittsalter der Beteiligten bundesweit noch nicht durchgeführt und wissenschaftlich begleitet worden.¹⁰ Die vielfältigen Herausforderungen des demographischen Wandels sollten so auch im Bereich der digitalen Teilhabe untersucht und anhand eines Problems aus der Praxis angegangen werden.

Die inhaltlichen Ziele des Verfahrens lagen u.a. darin,

- die Handlungserfordernisse zur Erneuerung des Quartiers aus Sicht der Betroffenen herauszuarbeiten und zu priorisieren,
- eine Aufwertung des Wohnumfeldes mit ebenso kosteneffizienten wie kurzfristig umsetzungsfähigen Maßnahmen zu erreichen und Konflikthemen zu befrieden,
- mittels des Bürgervotums eine Entscheidungsgrundlage für die politischen Gremien zu erarbeiten und gegenseitiges Verständnis und Zusammenarbeit zu verbessern,

¹⁰ Die Internetnutzung der Gemeinde Wennigsen in der Generation 60+ lag zur jener Zeit bei 46,5 Prozent; ermittelt durch die FG Wahlen, siehe den Abschnitt Klimaversprechen.

- bürgernahe Verwaltungs- und Ratsarbeit erkennbar zu machen, zu realisieren und weitere Erfahrungen in puncto Partizipation zu sammeln,
- eine Stärkung des Gemeinschaftssinns und des bürgerschaftlichen Engagements durch höhere Identifikation mit dem eigenen Umfeld zu erreichen.

Zu den Verfahrensbeteiligten gehörten zuvorderst die Bewohner des Quartiers, die ihre Vorstellungen definieren, einbringen und abwägen sollten. Im Rathaus wurde das Bürgerbeteiligungsverfahren direkt beim Bürgermeister angesiedelt. Unterstützt wurde es sowohl von Mitarbeitern des Sozial- als auch des Grünbereiches und der Stabsstelle für Projektsteuerung, die die praktische Durchführung des Prozesses übernahm. Eine besondere Stellung hatte die ehrenamtliche Koordinatorin als Schnittstelle zwischen allen Projektbeteiligten inne. Der *e2democracy*-Prozess hatte gezeigt, dass gerade bei Online-Verfahren wichtig ist, einen Ansprechpartner zu benennen, der neutral und engagiert den Prozess begleitet. Eine ehemalige ehrenamtliche Bürgermeisterin der Gemeinde erklärte sich bereit, dieses Amt anzunehmen. Sie kannte aus ihrem politischen Engagement heraus sowohl die Seite der Bürgerschaft als auch besonderen Erfordernisse und Verfahrensgänge in Rat und Verwaltung. Für die Bürger übernahm sie die Funktion der Kümmerin und für das Rathaus eine Koordinations- und Entlastungsfunktion. Zudem konnte sie unabhängig agieren und Sichtweisen abwägen, da sie nicht aus dem Quartier stammte.

Das Verfahren teilte sich in drei Abschnitte. Nach Abschluss der Planungs- und Konzeptionsphase, bestand der erste aus Auftakt und Konsultation. In einem örtlichen Gasthaus fand die Auftaktveranstaltung Mitte November statt. Legitimiert durch einen Auftrag der politischen Gremien lud der Bürgermeister die Einwohner ein, für das Gebiet eine politische Beschlussfassung vorzubereiten. Die Einladung erfolgte klassisch durch Pressemitteilungen und Hauswurfsendungen im Quartier. Auch wurde mittels amtlicher Bekanntmachung zur Bürgerversammlung zur Teilnahme aufgerufen.¹¹ Der Andrang war unerwartet groß: Bei rund 150 Gästen musste der Saal geschlossen werden. Die Bürger nutzten die Möglichkeit, Unmut zu äußern und konkrete Vorschläge exemplarisch in den dort vorgestellten Onlinebereich einzubringen. Die Bewohner gründeten vier Arbeitsgruppen: Spielplätze, Grünanlagen, Barrierefreiheit sowie Wohnumfeld und Sonstiges. Ein zweistündiger Ortstermin an einem Sonnabend verknüpfte das Digitale mit dem Analogen. Straßen, Wege, Spielplätze und Grünflächen wurden unter die Lupe genommen.

¹¹ Bürgerversammlung gem. § 62, Abs. 3, Satz 6 NGO in Verbindung mit § 8 der Hauptsatzung der Gemeinde Wennigsen (Deister).

Über ein Formularfeld wurden während der anschließenden Online-Konsultation rund acht Wochen lang Postings auf einer virtuellen Pinnwand eingetragen und diskutiert.¹² Der Eintrag konnte mit oder ohne Namensnennung erfolgen, wobei sich die deutliche Mehrheit anonym zu Wort meldete. Die Vorschläge wurden direkt und für alle sichtbar veröffentlicht. Begleitend trafen sich die Arbeitsgruppen, um gemeinsam weitergehende Vorschläge zu erstellen. Hier zeigte sich ein gegenseitiger Austausch, der dem Zusammenleben im Wohngebiet insgesamt gut tat: Die Älteren nutzten die Gelegenheit, sich von hinzugezogenen jüngeren Nachbarn „das Internet“ erklären zu lassen, während sie zugleich die ursprünglichen Gestaltungsideen, die Historie und die Genese des Quartiers an die nachfolgende Generation weiter gaben.

Die dritte Beteiligungsstufe beinhaltete das Strukturieren der Ergebnisse, Diskussion und Prüfung. Auf Basis von 122 eingereichten Vorschlägen erstellte die Verwaltung einen Maßnahmenkatalog. Die jeweils zuständigen Fachbereiche prüften die diskutierten Vorschläge auf ihre rechtliche und finanzielle Umsetzbarkeit. Zu beachtende Hinweise, Regularien und Restriktionen fanden sich auf vielen Ebenen. Dazu gehörten gesetzliche Regelungen oder Rechtsverordnungen wie die Straßenverkehrsordnung, Ortsrecht wie die kommunale Baumschutzsatzung oder Empfehlungen mit normierendem Charakter wie versicherungstechnischen Vorschriften zur Spielplatzgestaltung. Nicht außer Acht zu lassen war natürlich die finanzielle Auswirkung. Schlussendlich wurden 22 abstimmungsfähige Maßnahmen herausgearbeitet. Die Koordinatorin stellte diesen im Januar im Bürgersaal des Rathauses vor und moderierte die Diskussion.

Abschließend erfolgten die Abstimmung und die Abschlussveranstaltung. In den letzten zwei Wochen des Januars wurde der Maßnahmenkatalog auf der Internetseite veröffentlicht. Während dieser Phase konnten die Bewohner des Hohen Feldes ihre Prioritäten abstimmen. Die Abstimmung beinhaltete sowohl konkrete Einzelmaßnahmen als auch Richtungsentscheidungen wie beispielsweise beim Einsatz der Finanzmittel („Ich bevorzuge die Mittelverwendung auf Einzelvorhaben, z.B. Bolzplatz“, alternativ das „Gießkannenprinzip: für alle Spielplätze“ oder „weniger aber ausgewählte Spielgeräte“). Bereits bei der Ortsbegehung hatte sich gezeigt, dass über eine Vielzahl an kleineren, vergleichsweise kostengünstigen Maßnahmen Konsens bestand, zum Beispiel der Beibehaltung von Fallschutzmatten. Über größere, kostenintensive und in der Anwohnerschaft durchaus umstrittenen Maßnahmen, wie die Erneuerung des Bolzplatzes, mussten Mehrheitsbeschlüsse gefasst werden.

Hier zeigte sich ein interessanter Nebenaspekt: Das Projektdesign hatte zunächst vorgesehen, eine offene Abstimmung durchzuführen. Ein einfaches, digitales Voting wäre

¹² Eine Archivierung mit Verfahrensstand Oktober 2012 findet sich unter <http://www.stateboard.de/wennigsen/>.

nicht nur einfach zu handhaben gewesen, sondern auch die kostengünstigste Variante. In der Versammlung zeigten sich die Bürger jedoch skeptisch gegenüber einem offenen Verfahren. Zu groß war die Angst, dass Gebietsfremde sich hier beteiligten und die Abstimmung verfälschen. Da es sich beim Bürgerbeteiligungsverfahren Hohes Feld um ein Kooperationsprojekt mit der Universität Bremen handelte, zeigte sich die Sorge, dass von dort aus evtl. die Abstimmung manipuliert werden könnte, um wissenschaftlich gewünschte Ergebnisse zu erzielen (Wortmeldung einer Bürgerin). Auch das Abstimmungsalter wurde zur Diskussion gestellt. Kurz vor Abschluss des gesamten Verfahrens musste also die Fragen zur Stimmabgabe neu geregelt werden. Eine individualisierte Abstimmung wäre aus datenschutzrechtlichen Gründen problematisch geworden, da es kurzfristig eine Lösung erfordert hätte, die sowohl einen sicheren individuellen Zugang garantierte als auch später keine Rückverfolgbarkeit auf den einzeln Abstimmenden ermöglichte. Dies wäre sehr zeit- und kostenintensiv gewesen; da die Abstimmung nur Empfehlungscharakter für die politischen Gremien hatte, wäre dies weder finanziell noch vom organisatorischen Aufwand her zu rechtfertigen. Schließlich verständigten sich die Teilnehmer darauf, dass Passwörter straßenweise ausgegeben wurden. Die Zugangscodes wurden für jeden Straßenzug individualisiert an jeden der rund 300 Haushaltsvorstände versandt. Damit war keine direkte Nachverfolgbarkeit möglich und gegenüber Quartiersfremden wurde eine Zutrittsbarriere aufgebaut. Dennoch war ein Element gegenseitigen Vertrauens eingebaut, da der Code mehrfach nutzbar war. Im Falle übermäßiger Beteiligung in einzelnen Straßenzügen hätte ein Missbrauch vorliegen können und die Abstimmung wäre bei Bedarf zu wiederholen gewesen. Beim Abstimmungsalter verständigte man sich darauf, dass alle Betroffenen – also auch Kinder und Jugendliche – mit teilnehmen durften. Die „Offliner“ konnten ihre Stimmen im Rathaus abgeben. Davon machte aber lediglich eine Person Gebrauch. Insgesamt nahmen 181 Personen am Voting teil.

Nach dem Schluss der Abstimmung diskutierten die Fachausschüsse, das Jugendparlament, der Orts- und Gemeinderat die Ergebnisse. Zum einen ging es um Budgetfragen, der ureigenen Hoheit des Rates, zum anderen um Fragen der Abwägung von Interessen des Quartiers mit jenen der Ortschaft bzw. dieser Ortschaft mit den sieben anderen Dörfern des Gemeindegebietes. Nach Abschluss des Konsultationsverfahrens führte das *ifb* eine repräsentative Umfrage im Hohen Feld durch. Diese ergab, dass 88 Prozent der Bewohner mit dem Projekt zufrieden waren, 70 v.H. bewerteten den Prozess als demokratisch und offen, 56 v.H. fanden ihren Vorschlag im Ergebnis wieder. Dass die Weniger Politik in ihrem Ansehen gestiegen sei, sagten zwei Drittel der Befragten und 88 Prozent erklärten sich bereit, erneut bei einem Beteiligungsverfahren mitzumachen.

Die Lehren aus dem Verfahren waren vielfältig. Unabhängig von der Frage, ob on-, offline oder hybrider Beteiligung, musste jeder Akteur zunächst seinen Platz im Verfah-

ren finden. Trotz allen Engagements sahen die Bürger ein, dass es sich bei den Ergebnissen lediglich um Vorschläge an mandatierte Vertreter in den politischen Gremien handelt. Zum Onlineverfahren gab es trotz der Altersverteilung im Wohngebiet unerwartet wenige kritische Stimmen. Zwangsläufig überschritten sich durch die digitale Plattform einzelne Phasen. Dies war insbesondere bei der Gleichzeitigkeit von Arbeitsgruppen und offener Ideenfindung der Fall. Diese Überlappung förderte die Auseinandersetzung mit dem Problem und führte zur kurzfristigen Verbesserung der eingereichten Vorschläge innerhalb des Prozesses.

Administrativ hatte die internet-gestützte Lösung den Vorteil, dass die Verwaltung frühzeitig mit dem Sichten und Prüfen der Einreichungen beginnen konnte. Auch in der Bevölkerung setzten so bereits in der frühen Sammlungsphase Diskurse auf Basis der Inputs ein. Die technisch einfache Handhabung und die Möglichkeit der anonymen Eingabe führten zu einer niedrighschwelligigen Einladung zur Beteiligung mit einer Vielzahl an Vorschläge ebenso spontaner wie durchdachter Art. Spam ging auf der digitalen Pinnwand nicht ein. Dennoch war während des gesamten Zeitraumes Administrationskapazität zur regelmäßigen Kontrolle, Pflege und Beobachtung vorzuhalten. Auf der Plattform zeigte sich – anders als bei heutigen Beobachtungen in sozialen Medien –, dass sich Niedrighschwelligkeit des Zugangs und Qualität der Beiträge nicht gegenseitig ausschließen. Natürlich führte gerade eine technisch einfache Lösung zur Steigerung des Aufwandes im Rathaus und damit der Kosten auf der administrativen Seite – immerhin musste die Verwaltung jeden einzelnen Vorschlag seriös prüfen. Dies spiegelte sich insbesondere bei mehrschichtigen Fragestellungen oder bei Zuständigkeit übergeordneter Behörden wider.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Gute Beteiligungsangebote zeichnen sich durch On- und Offline-Komponenten aus. Eine Lösung mit digitalem Schwerpunkt bietet den Vorteil, dass auch Menschen, die mit Präsenzveranstaltungen nicht zu erreichen sind, sich aufgefordert fühlen, Vorschläge einzureichen und mitzuwirken. Skaleneffekte bei den Kosten, mühelos zu erzielende Reichweite und niedrige Hemmschwellen durch die Möglichkeit anonymer Teilnahme sprechen für die Onlinekomponente. Ein hybrides Vorgehen ist unbedingt zu empfehlen. Präsenzveranstaltungen mit persönlicher Ansprache und Begegnungen stehen für die Glaubwürdigkeit des Verfahrens. Gerade bei Fragen kommunaler und damit konkret lokaler Entwicklung helfen gemeinschaftliche Treffen vor Ort, die hohe Eigendynamik des Online-Diskurses zu erden. Für Politik und Verwaltung ergeben sich aus der Summe und Dichte der jeweiligen Vorschlagscluster wichtige strategische Indikatoren zu Bedürfnissen sowie deren Relevanz und Dringlichkeit. Die Online-Diskurse erblühen lateral. Randthemen beginnen ein starkes Eigenleben zu führen, Beteiligungsprozesse zu polarisieren und zu dominieren. Nicht einschüchtern lassen davon! Mittlerweile gibt es für Online-Konsultationen es eine

Vielzahl an Anbietern und auch Open-Source-Lösungen. Hier lassen sich je nach Bedarf individuelle und kostengünstige Pakete schnüren. Doch nicht das moderne Tool macht den Erfolg einer Konsultation aus, sondern die Ernsthaftigkeit des Prozesses.¹³

Das Projekt entfaltete Vorbildwirkung: Im Folgejahr gewann die Gemeinde Wennigsen für das Beteiligungsverfahren den erstmals verliehenen „Preis für Online-Partizipation“ der Zeitschrift *BehördenSpiegel* und der Jinit[AG.¹⁴ Zugleich war das Hohe Feld ein Grund, die Gemeinde für die Top 3 in der Kategorie „Governance und Verwaltung“ des Deutschen Nachhaltigkeitspreises zu nominieren.

6. Die Mühen der Ebene: Breitband, Bildung, IoT

Gelungene Leuchtturmprojekte, das gesteigerte Interesse der Bürgerschaft, örtlicher Institutionen und Medien an Online-Themen sowie die Offenheit der politischen Gremien in puncto Internet, löste eine Eigendynamik aus: Das Digitale ging in die kommunale DNA ein. Es bedurfte aber auch weiterer Impulse und der Verstetigung. Die Brechtschen „Mühen der Ebene“ folgten. Zu den Beschwerlichkeiten gehörte und gehört vor allem der Breitbandausbau. Bedenkt man, dass laut einer Studie auf 1000 neue Breitbandanschlüsse 80 neu geschaffene Arbeitsplätze folgen, sich die wirtschaftliche Wertschöpfung erhöht und Unternehmensgründungen gesteigert werden, ist schwer nachvollziehbar, dass die deutsche Politik über Jahre das Thema verschleppte.¹⁵ Die Kommunen waren und sind die Leittragenden von mangelndem politischen Willen, falschen Anreizsystemen und Fehlregulierung. Die Erfahrung zeigte, dass Förderversprechen von Bund und Land das Gegenteil von dem bewirkten, was sie eigentlich sollten. Anstatt für schnelles Internet zu sorgen, harrten vor allem große Telekommunikationsunternehmen Wahl um Wahl neuer Zusagen und Fördertöpfe, um auf niedrig hängende süße Früchte der Subvention zu warten. Mit zunehmender digitaler Profilschärfung der Gemeinde häuften sich die Beschwerden von Unternehmen über schlechte Verbindung. Mit jeder positiven Meldung zu kommunalen Online-Initiativen meldeten sich die Ab-

¹³ Weitere Erfahrungen sowie Transfermöglichkeiten siehe *Christoph Meineke*, Herausforderung Online-Partizipation. Neue Wege der Bürgerbeteiligung am Beispiel des Wennigser Pilotprojektes Hohes Feld, in: *Hermann Hill* (Hrsg.), *Verwaltungskommunikation. Wissenschaftliche Analysen und praktische Beispiele*, 2013, S. 133 – 144.

¹⁴ Siehe den Bericht im *BehördenSpiegel*, Mai 2012, S. 6. In der Begründung der Jury heißt es: „Beispielhaft und wegweisend zeichnet sich das Projekt durch seinen hohen Grad an Verbindlichkeit, Transparenz und der Integration der Ergebnisse in den Umsetzungsprozess aus. Beeindruckend ist die gut strukturierte und ausführliche Darstellung und Dokumentation auf der Homepage. Auch die Verknüpfung von Online- und Offline-Partizipation sowie die tatsächlich sehr große Bürgerbeteiligung – besonders von Bürgern im Alter 60+ – sind besonders erwähnenswert.“ Siehe auch *Christoph Meineke* und *Herbert Kubicek*, „Ausgezeichnete Bürgerkonsultation in Wennigsen. In zwei Stufen auf zwei Wegen“, in: *NST-Nachrichten*, Heft 7-8/2012, S. 162 – 165. http://www.ifib.de/blog/index.php/site/comments/ifib_konzept_und_tool_erhalten_preis_fuer_online_partizipation.

¹⁵ *Willi Kaczerowski*, *Die smarte Stadt – Den digitalen Wandel intelligent gestalten. Handlungsfelder, Herausforderungen, Strategien*, 2014, Abschn. 5.3.3.1.

gehängten zu Wort. Die Fälle stammten aus dem gesamten Wirtschaftsleben: Ein Mes-
sebauer konnte seine komplexen Grafikdaten nicht übertragen, ein Softentwickler für
baufachliche Anwendungen saß auf dem Trockenen, ein Reisebüro scheiterte mangels
Datenvolumen an sicheren Einwahlmöglichkeiten in komplexe Buchungssoftware eines
Touristikonzern. Das führte so weit, dass die Telekom beispielsweise Leerrohre unter
einen Radweg legte, die den Anschluss einer bis dato völlig unterversorgten Ortschaft,
der Wennigser Mark, ermöglicht hätten – dieses aber weder füllte noch Mitbewerbern
zur Verfügung stellte. Kurz nach dem Bau musste ein Wettbewerber den Bagger anrü-
cken lassen und eine neue Leitungstrasse neben dem Radweg bauen. Anfängliche Ver-
wunderung wich massiver Verärgerung.

Da die Projektsteuerung für Digitales bei einem Mitarbeiter angesiedelt war, der auch
für die Wirtschaftsförderung verantwortlich zeichnete, wurde der Breitbandausbau zu
einer vordringlichen Aufgabe dieser Stabsstelle. Er analysierte systematisch die vorhan-
denen Strukturen, erarbeitete ein eigenes Leitungsverzeichnis, führte bei Bürgern und
Unternehmen eine Potenzialanalyse durch und sprach Telekommunikationsunternehmen
an. In sieben von acht Ortsteilen wurde der Ausbau auf das Minimalziel von 50 – 100
MBit ohne Fördermittel erreicht, nach Markterkundungsverfahren in den abgehängten
Gebieten eine Förderquote von 100 Prozent unterlegt. Das eingeworbene Investitionsvo-
lumen in Breitbandverbindungen liegt in Wennigsen bei rund 1,5 Millionen Euro. Ohne
die aktive Hilfe der Wirtschaftsförderung und mittelständischer TK-Anbieter wäre der
Ausbau nicht gelungen und läuft noch immer.

Dass digitale Datenerhebung die strategische Steuerung kommunaler Daseinsvorsorge
ermöglicht, zeigte sich mit einer erstmals in Deutschland durchgeführten digitalen Voll-
abfrage aller Eltern und Erziehungsberechtigten zum Thema „Bildung und Betreuung“.
Die Verwaltung befragte dabei 1001 Personen, welche Bedürfnisse sie bei der Betreu-
ung ihrer Kinder von der Krippe bis zur Schulausbildung haben. Die Online-Abfrage
wies den spezifischen Vorteil auf, dass sie individuelle Fragebäume und -stränge er-
möglichte. Dieser Kanal erfasste individuelle Bedürfnislagen präziser und erleichterte
die Auswertung der komplexen Daten dank dahinterliegender Software. Die Erzie-
hungsberechtigten erhielten ein individuelles Passwort, ohne dass der Gemeinde eine
Rückverfolgbarkeit möglich war. Der Rücklauf lag bei rund einem Drittel der Befrag-
ten. Möglich war auch eine analoge Beteiligung, die allerdings nur wenige nutzten. Die
Kommune konnte dank der Hinweise das Angebot neu ausrichten, Standards und Zeiten
anpassen. Auch lieferte die Umfrage wertvolle Informationen zur Optimierung freiwilliger
Leistungen wie Jugendpflege oder Kinderferienbetreuung.

Mit offenem Ausgang, aber verheißungsvoll gestaltet sich der Einstieg der Gemeinde
ins „Internet der Dinge“ (IoT). Dabei handelt es sich um den Zukunftstrend vernetzter

und miteinander kommunizierender Geräte. In einer Kooperation mit einem Privatunternehmen stellte die Gemeinde diesen Dächern zur Installation eines Low-Range-Wide-Area-Netzwerkes (LoRa) zur Verfügung. Dabei werden mit hohen Reichweiten, die besonders für ländliche Gegenden interessant sind, Daten der IoT-Geräte an den Empfänger gesendet, die eine smarte Steuerung der jeweiligen Anwendungen ermöglichen. Die Zukunftsfähigkeit der Nutzung des offenen Netzwerkes wird sich nun im Praxistest beweisen müssen. Im kommunalen Bereich liegt das Anwendungsspektrum beispielsweise bei Zählerdaten gemeindlicher Gebäude, Parkplatzsensoren oder intelligenter Straßenbeleuchtung. Zu den weiteren Projekten, die wie Puzzleteile des Bild der digitalen Kommune vervollständigen, gehörten freies W-Lan im Ortskern, die Teilnahme an der Open-Data-Datenbank des Bundes, die Beratungstätigkeit des Bürgermeisters für den Ausschuss „Digitale Agenda“ des Deutschen Bundestages oder die papierlose Arbeit des Gemeinderates mit digitalen Endgeräten.

7. Digitale Region – Smart Country

Nach der Durchführung von Teilnahmeprojekten bot es sich für die Gemeinde an, als Experimentierfeld und Ideenraum für den ländlichen Raum im Zeitalter des digitalen Strukturwandels zu fungieren. Damit konnte sich das Blickfeld ausweiten von Einzelmaßnahmen hin zu einer Gesamtbetrachtung aktueller Herausforderungen. Im September 2016 trafen sich dazu 30 Experten zum Thema Kommunales und Digitalisierung im Kloster Wennigsen.¹⁶ Die Kommune arbeitete aktiv an der Initiative „Digitale Regionen/Aus dem Land – für das Land“ mit. Daran beteiligt waren die Vereine „Co:laboratory - Internet und Gesellschaft“ sowie „Unternehmen für die Region“. Der Expertenkreis setzte sich zusammen aus Vertretern des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, der Bertelsmann Stiftung, der Initiative RegioLab, der Niedersächsischen Datenschutzbeauftragten, Energieversorgern, Mitarbeitern des Rathauses, auf Digitalisierung spezialisierten Beratern und weiteren Fachleuten aus ganz Deutschland.¹⁷ Sie wollten in Wennigsen als einer von drei deutschlandweiten Modellkommunen die aktuelle Debatte rund um „Smart City“ auf „Smart Country“ übertragen.¹⁸

Im Zentrum standen dabei praktische und regionalspezifische Handlungsansätze für den digitalen Transformationsprozess. Einzelne Arbeitsgruppen beleuchteten die fünf Themenfelder *Wirtschaft und Arbeit, Mobilität, Bildung und Lernen, Politik und Verwaltung* sowie das Thema *Ängste* rund um den digitalen Fortschritt. Die Arbeitsgruppe, die sich mit innovationsfreundlicher Verwaltung befasste, identifizierte beispielsweise die

¹⁶ Siehe bspw. <http://www.haz.de/Umland/Wennigsen/Nachrichten/Wennigsen-ist-digitale-Musterkommune>.

¹⁷ Der Hintergrundbericht ist abrufbar unter <http://blog.collaboratory.de/web/wp-content/uploads/2016/12/Digitale-Region-Hintergrundbericht-0112.pdf>.

¹⁸ Der Wennigser Workshop ist dokumentiert unter <http://blog.collaboratory.de/colab-tour-erster-regionalworkshop-der-initiative-digitaleregion-wennigsen/>.

Kernprobleme, warum der Kultur- und Strukturwandel zu mehr Digitalisierung so zäh ist. In sieben Punkten arbeitete sie als Hemmnisse für den digitalen Fortschritt in Kommunalverwaltungen heraus, dass...

1. ... es an Blaupausen fehlt, wie Neuerungen entstehen, eingreifen und wirken.
2. ... es starre Strukturen verhindern.
3. ... es rechtliche Restriktionen unterbinden.
4. ...eine habituelle Praxis existiert nach dem Motto: „Das haben wir schon immer so gemacht!“
5. ... es für die Existenz der Verwaltung keiner Änderungen bedarf.
6. ... es Verantwortungsübernahme bedeutet, die ungern angenommen wird.
7. ... es wenig Motivation zur Änderung gibt und Leistung in der Regel weder in Verwaltung noch durch Bürgeranreizsysteme honoriert wird.

Die Expertengruppe entwickelte musterhaft Ideen, die dem ländlichen Raum helfen können, zum „Smart Country“ zu werden. In Wennigsen befinden sich derzeit zwei davon in der Umsetzungsphase: ein Chatbot und ein Coworking-Space.

Der Chatbot ist ein Softwareprogramm, das sich des Trends künstlicher Intelligenz bedient. Er antwortet auf alltägliche Fragen der Nutzer, z.B. nach Öffnungszeiten, oder gibt Hinweise auf bestehende Dokumente oder Dienste. Der Bot bietet basale Informationsdienste und kann damit zur Entlastung der Verwaltung beitragen. Das Programm lässt sich u.a. in bestehende Messenger-Plattformen wie Twitter, Whatsap oder Facebook oder auf der kommunalen Web-Präsenz einbinden. Es dient z.B. als Dialogpartner für Erstkontaktforderungen auf der Webseite der Gemeinde und wird dort gerade getestet.

Die Schaffung eines Coworking-Spaces kombiniert die Herausforderungen der Arbeitswelt mit den Chancen des Ausbaus von Breitband-Internet in der Fläche. Das Konzept stammt aus dem Silicon Valley. Dabei handelt es sich um großflächige, offene Arbeitsräume, die einer vielfältigen Nutzerschaft die Infrastruktur zur flexiblen Nutzung zur Verfügung stellen. Freiberufler, Gründer und andere können dort arbeiten, sich vernetzen, gemeinsam Projekte starten, Workshops durchführen oder flexibel neue Schaffensformen ausprobieren. Grundlage ist ein u.a. leistungsfähiger Internetanschluss, der den vielfältigen Nutzungsformen gerecht wird. Für eine suburbane Kommune in einem verstädterten Ballungsraum ist ein solches Konzept spannend. Einerseits pendelt die deutliche Mehrheit der Arbeitnehmer in die Großstadt aus,¹⁹ andererseits suchen Angehörige freier Berufe gezielt Orte, in denen sich Leben und Arbeiten mit den Anreizen

¹⁹ In Wennigsen sind 4795 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gemeldet. Von diesen pendeln 4060 zur Arbeit in umliegende Kommunen. Als Arbeitsort wurde Wennigsen für 2492 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte angegeben, von diesem pendeln 1758 aus anderen Gemeinden zu ihren Arbeitsplätzen (Stand: 3. Quartal 2016).

dörflicher Landschaft und der Nähe zur Stadt vereinen lassen. Die Digitalisierung bietet so Wennigsen und ähnlich situierten Kommunen eine Chance der Strukturentwicklung. Pendlerströme lassen sich durch diese moderne Arbeitsformen reduzieren, das Klima wird geschont, die Balance von Familie und Beruf ermöglicht, die Verkehrsinfrastruktur entlastet und die Breitbandinfrastruktur gestärkt. Es sind gerade die Leerstände, die durch den allgemeinen wie digitalen Strukturwandel entstehen, die für eine Nachverwendung interessant sind. Coworking bietet hier die Chance gemeinschaftliche Arbeitsräume in attraktiver Lage und meist besonderem Charme für all jene zu schaffen, die darauf angewiesen sind und weder ausschließlich Homeoffice noch Fremdbüro wählen. Aber auch das Ehrenamt oder größere Vereine und Initiativen können solche Räume nutzen und damit Infrastrukturkosten sparen. Für Einzelhändler, Restaurants und andere örtliche Gewerbebetriebe der Nahversorgung bieten sie Geschäfts- und Erhaltungsmöglichkeiten. Zugleich geht damit ein Impuls für eine örtliche Gründerszene und Macherkultur einher, die bei diesen Zentren oft als „Maker-Space“ mit gemeinschaftlich genutzten Maschinen wie 3-D-Druckern, Plottern oder auch handwerklichen Geräten einhergeht. In Wennigsen erklärte sich bereits kurz nach dem Workshop der Besitzer eines ehemaligen Raiffeisen-Speichers, der in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof liegt, bereit, ein entsprechendes Konzept zu entwerfen und einen Förderantrag zu stellen. Dieser richtet sich an das ZILE-Programm des Bundeslandwirtschaftsministeriums und befindet sich zurzeit in Bearbeitung.

Im Abschlussbericht heißt es: „Eine der vielleicht wichtigsten Erfahrungen der Teilnehmer der Arbeitsgruppe war, dass sich mit Hilfe der Digitalisierung plötzlich das Bild einer prosperierenden ländlichen Region abzeichnen kann. Nachdem seit Jahrzehnten über die Landflucht gesprochen wurde, kann sich dieses Bild plötzlich umdrehen. Warum sollten Menschen überbezahlten Wohnraum in stressigen Innenstadtlagen bezahlen, wenn sie im Grünen und in Ruhe arbeiten können? Warum sollten sie das Standardbüro eines Geschäftshauses der persönlichen Umgebungen eines häuslichen oder auch Coworking-Arbeitsplatzes vorziehen? Eine weitere wichtige Erkenntnis war, dass dem Wunsch der Bürger nach Arbeiten und Leben auf dem Lande mit einfachen und relativ kostengünstigen politischen Maßnahmen entsprochen werden kann. Es ist sogar so, dass der Kommune eher die Rolle eines Moderators und Ermöglichers zukommt.“²⁰ Als kommunale Handlungsempfehlungen lassen sich Themen wie Breitbandausbau oder kleine Förderprogramme zur Anschubfinanzierung ableiten. Ebenso dazu gehören die Neugierde und die Bereitschaft der Beteiligten, auch das Scheitern von innovativen Prozessen in Kauf zu nehmen.

²⁰ Aus dem Abschlussbericht Digitale Regionen, Arbeitsgruppe Wirtschaft, siehe Fußnote 17, S. 28.

8. Ausblick

Die Gemeinde Wennigsen hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch einen kontinuierlichen Einsatz technologischer Verfahren die Bürger an der Entwicklung ihres Lebensumfeldes aktiv teilhaben zu lassen. Hier hat sich gezeigt, dass beim Beschreiten des digitalen Weges der Focus nicht zu stark auf reinen Verwaltungslösungen liegen darf. Die vernetzte Bürgerkommune muss im Mittelpunkt stehen. In klassischer Manier gemeindlicher Selbstorganisation muss diese konsequent über die Einbindung örtlicher Institutionen, Vereine, Bildungsträger und der Vielzahl örtlicher Akteure erreicht werden. Wenn es um die Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes geht, sind die Bürger mit Leidenschaft engagiert. Neue Formen der Beteiligung auszuprobieren steigert die Bereitschaft zur Teilhabe sogar noch. Die Wennigser Erfahrung zeigt, dass Rahmenbedingungen wie eine alternde Bevölkerung dabei kein Hindernis sind – im Gegenteil.

Zu den Erkenntnissen zählt, dass zu gelingenden Projekten Mut und ein gemeinschaftliches Ziel gehören. Manche der Wennigser Projekte haben unter laborartigen, mitunter akademischen Voraussetzungen stattgefunden. Aber gerade das diente dazu, Prozesse zu überdenken, Pläne neu zu strukturieren und Akteure neu einzubinden. Gerade im ländlichen Raum stehen die Chancen für solche Ansätze gut. Immerhin leben zwei Drittel der Deutschen auf dem Lande und die Hälfte der 35 Mio. Unternehmen sitzt dort. Jede Kommune ist ihr eigener Versuchsraum. Ländliche Regionen sind überschaubar, die handelnden Personen kennen sich, Herausforderungen müssen gemeinsam gemeistert werden.

Politische Entscheider müssen sich zwingen, den rapiden technologischen Wandel in seiner Dynamik und Rasanzen anzuerkennen. Der politische Gestaltungswille hört nicht beim Ruf nach schnellen Breitbandverbindungen auf. Er fängt dort erst an. Vor allem ist Geschwindigkeit gefragt: Legislaturperioden, Strategiefindungsprozesse, Planfeststellungsverfahren – politische und administrative Zeitabläufe bewegen sich gemächlich. Doch was zu Beginn einer Amtszeit oder Ratsperiode stabile Rahmenbedingung war, kann zu ihrem Ende bereits überholt und obsolet sein. Mittels Technologie, Daten und Vernetzung krepeln weltweit disruptive Protagonisten die gewachsene Strukturen um. Die Amazons und Zalandos treiben den stationären Einzelhandel vor sich her, die Facebooks und Twitters revolutionierten die gesellschaftliche und politische Kommunikation, die Ubers und bookings‘ revolutionieren Mobilität und Reisen. Kommunalpolitik darf nicht zuschauen und staunen, denn besonders der ländliche Raum droht abgehängt zu werden. Zugleich aber sind es gerade die örtlichen Strukturen und Identitäten, die den Menschen Halt und Sicherheit geben. Wie sich mit dem Workshop „Digitale Regionen“ gezeigt hat, sind die neuen Möglichkeiten technologischer Vernetzung eine Chance sie zu erhalten. Dies kann mittels umfassender Digitalisierung der Daseinsvorsorge gelingen.

Mit offensiver Technologienutzung geben Städte und Gemeinden wichtige Anreize zur Mitgestaltung und öffnen einen Weg in die aktive Bürgergesellschaft. Das Internet kann zu einem historischen Impulsgeber der Wiederbelebung einer durch externe Zwänge und Restriktionen strangulierten Idee der kommunalen Selbstverwaltung werden. Daran müssen Entscheider und innovative Partner kontinuierlich arbeiten. Der Erfolg ist offen, aber wie bei aller Entwicklung, ist der Weg ein Ziel an sich.